

# MEDIEN UND UMSETZUNG DER FRIEDENSPOLITIK

WILHELM KEMPF

## 1. Einleitung

Gegenstand dieses Aufsatzes sind medienpolitische Aspekte einer europäischen Friedenspolitik mit Schwerpunkt auf den Nachrichtenmedien. Konkret geht es mir um Konzeptionen für eine EU-Medienpolitik im EU-Raum (europäische Integration, Aufbrechen von Nationalismen), im internationalen Raum (Aufbrechen von europäischem Kulturimperialismus) und in Konfliktregionen (EU bzw. OSZE-Missionen) mit dem Ziel des Einsatzes der Nachrichtenmedien zum Zwecke einer nachhaltigen Friedenskonsolidierung, Durchbrechen der Gewaltspirale, Förderung einer gewaltfreien Konfliktaustragung und Versöhnung der Konfliktparteien.

Um dies zu leisten, werden zwei Problembereiche ins Zentrum gerückt und unter den beiden Aspekten (a) Ist-Zustand und historische Erfahrungen und (b) Soll-Zustand und medienpolitische Empfehlungen diskutiert. Diese Problembereiche sind zum einen die grundsätzliche Friedensfähigkeit der Medien, die unter mediensoziologischen (Friedensjournalismus) und sozialpsychologischen (Konstruktive Konfliktberichterstattung) Aspekten problematisiert und anhand von Fallstudien analysiert wird, und zum anderen die medienpolitischen Instrumente, welche durch (a) Bewusstseinsbildung (z.B. Journalistenausbildung, Ausbildung von NGO-Mitarbeitern) und (b) Schaffung geeigneter Strukturen (z.B. Stärkung öffentlich-rechtlicher Medien, Medienmonitoring, Monitoring der NGO-Medienoperationen) zur Prävention der Konflikteskalation beitragen und/oder den Aufbau einer konstruktiven Medienlandschaft in Nachkriegsgesellschaften zu fördern vermögen.

Die Nachrichtenmedien sollen dabei nicht nur als Vermittler der EU-Friedenspolitik an die europäische und internationale Öffentlichkeit, sondern auch als kritisches Regulativ für die Politik der EU verstanden werden. In Abgrenzung von einer Reduktion von Sicherheitspolitik auf bloße Militärmissionen wird die Zielvorgabe für eine Europäische Sicherheitspolitik in der Herstellung und Wahrung von *militärischem und sozialem Frieden* (human security) und der Durchsetzung von Gewaltverbot und friedlicher Streitbeilegung nicht nur in zwischenstaatlichen, sondern auch in den sozialen Konfliktfeldern (Bedürfnis nach Gleichberechtigung und Selbstbe-

stimmung / Mitgestaltung / Wohlergehen / Überleben / Orientierung und sozialer Bezug) gesehen, wie sie von Arno Truger (in diesem Band) als Arbeitsbereiche ziviler Konfliktbearbeitung identifiziert werden.

Auch die medienpolitischen Maßnahmen können daher nicht nur auf die EU-Medienpolitik gegenüber bzw. in Krisenländern und/oder Nachkriegsgesellschaften bezogen werden, sondern müssen die EU-Medienlandschaft selbst mit einschließen, zwecks (a) Vermittlung der EU-Friedenspolitik an die EU-Bürger, (b) Bildung eines kritischen Regulativs für die EU-Politik, die zugrunde liegenden Eigeninteressen und die daraus resultierenden „Kollateralschäden“ und (c) zwecks Gestaltung des internationalen Medienumfeldes, das auf die nationalen Diskurse in den Krisenländern zurückwirkt und darüber einen mäßigen Effekt entfalten kann.

## 2. Der Friedensauftrag der Medien

Medienpolitische Überlegungen zur Umsetzung der EU-Friedenspolitik bewegen sich notwendigerweise in einem Spannungsfeld zwischen der in den Verfassungen der EU-Mitgliedsländer garantierten Pressefreiheit und dem Friedensauftrag der Medien, wie er in einer Vielzahl an internationalen Verträgen und Dokumenten verankert ist.

So schränkt bereits Artikel 29<sup>1</sup> der *Universal Declaration of Human Rights* (UN, 1948) das in Artikel 19<sup>2</sup> garantierte Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung dahingehend ein, dass jedermann auch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft hat und seine Rechte und Freiheiten keinesfalls in Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden dürfen. Artikel 19<sup>3</sup> des *International Covenant*

- 
- 1 Wortlaut: (1) Everyone has duties to the community in which alone the free and full development of his personality is possible. (2) In the exercise of his rights and freedoms, everyone shall be subject only to such limitations as are determined by law solely for the purpose of securing due recognition and respect for the rights and freedoms of others and of meeting the just requirements of morality, public order and the general welfare in a democratic society. (3) These rights and freedoms may in no case be exercised contrary to the purposes and principles of the United Nations.
  - 2 Wortlaut: Everyone has the right to freedom of opinion and expression; this right includes freedom to hold opinions without interference and to seek, receive and impart information and ideas through any media and regardless of frontiers.
  - 3 Wortlaut: (1) Everyone shall have the right to hold opinions without interference. (2) Everyone shall have the right to freedom of expression; this right shall include freedom to seek, receive and impart information and ideas of all kinds, regardless of frontiers, either orally, in writing or in print, in the form of art, or through any other media of his choice. (3) The exercise of the rights provided for in paragraph 2 of this article carries with it special duties and responsibilities. It may therefore be subject to certain restrictions, but these shall only be such as are provided by law and are necessary: 1. For respect of the rights or reputations of others; 2. For the protection of national security or of public order

on Civil and Political Rights (UN, 1966) verfügt, dass das Recht auf Meinungsäußerung spezifischen Restriktionen unterworfen werden kann, um die Rechte und die Reputation anderer, die nationale Sicherheit und/oder die öffentliche Ordnung, Gesundheit und Moral zu schützen. Dasselbe Abkommen beinhaltet in Artikel 20<sup>4</sup> ein gesetzliches Verbot von Kriegspropaganda und Anstiftung zu Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt, und Artikel 3<sup>5</sup> der UNESCO *Media Declaration* von 1978 (UNESCO, 1979) stellt nicht nur fest, dass die Massenmedien einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung zu leisten haben, sondern präzisiert diesen Friedensauftrag auch dahingehend, Kriegshetze, Rassismus und Menschenrechtsverletzungen entgegenzutreten und Informationen zu verbreiten, welche die Bürger eines Landes für die Bedürfnisse anderer sensibilisieren, die Respektierung der Rechte und Würde aller Nationen, aller Völker und aller Menschen sicherzustellen sowie die Reduktion internationaler Spannungen und eine friedliche Streitbeilegung zu fördern.

Die rechtliche Verankerung des Friedensauftrages der Medien in internationalem Recht und ihre praktische Umsetzung sind jedoch zweierlei. Das Potential der Medien zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung wurde schon früh erkannt, und die Geschichte der (Kriegs-)Propaganda ist ebenso alt wie die Geschichte der Presse. Gemessen an dem ungeheuren Aufwand, der spätestens seit dem Ersten Weltkrieg in die Optimierung von Propagandastrategien, Militär-Medien-Management und psychologische Kriegsführung investiert wurde, nehmen sich die Bemühungen um eine Nutzbarmachung der Medien als Instrument der konstruktiven Konfliktbewältigung und Friedenssicherung relativ bescheiden aus. Zwar gibt es eine unermessliche Menge an Literatur, welche die Funktionalisierung der Medien zu Zwecken der Kriegspropaganda – nicht nur durch diktatorische Regime, sondern auch in demokratischen Staaten – kritisch beleuchtet,

---

(ordre public), or of public health or morals.

- 4 Wortlaut: (1) Any propaganda for war shall be prohibited by law. (2) Any advocacy of national, racial or religious hatred that constitutes incitement to discrimination, hostility or violence shall be prohibited by law.
- 5 Wortlaut: (1) The Mass media have an important contribution to make to the strengthening of peace and international understanding and in countering racialism, apartheid and incitement to war. (2) In countering aggressive war, racialism, apartheid and other violations of human rights which are *inter alia* spawned by prejudice and ignorance, the mass media, by disseminating information on the aims, aspiration, cultures and needs of all peoples, contribute to eliminate ignorance and misunderstanding between peoples, to make nationals of a country sensitive to the needs and desires of others, to ensure the respect of the rights and dignity of all nations, all peoples and all individuals without distinction of race, sex, language, religion or nationality and to draw attention to the great evils which afflict humanity, such as poverty, malnutrition and diseases, thereby promoting the formulation by States of the policies best able to promote the reduction of international tension and the peaceful and equitable settlement of international disputes.

doch rückte die Frage, wie die Medien statt als Katalysator der Konflikteskalation auch als Katalysator der Deeskalation von Konflikten und der friedlichen Streitbeilegung genutzt werden können, erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts ins Blickfeld von Friedensforschern, Medienwissenschaftlern und Journalisten.

Eine der ersten, welche die Bedeutung der Medien als Form der modernen Diplomatie herausarbeitete, war Yoel Cohen (1986), die in ihrem Buch „Media Diplomacy“ drei Arten der Beziehungen zwischen Medien und Diplomatie herausfiltert: Medien als Informationsquelle, Medien als Kommunikationskanäle zwischen Entscheidungsträgern und Medien als Mittel zur Sicherung der Unterstützung durch die Öffentlichkeit. Nach Wolfsfeld (2004) verleihen die Medien den politischen Eliten, durch welche sie kontrolliert werden, die Fähigkeit der Einflussnahme auf Überzeugungen und die daraus resultierenden Handlungen, und Lumsden (1997) kommt zu dem Schluss, dass sich die internationale Gemeinschaft bei der Friedenssicherung nicht auf die Bemühung um geeignete soziale und wirtschaftliche Bedingungen beschränken darf, sondern der Bevölkerung auch Interpretationsmöglichkeiten der Realität bieten muss, welche einen dauerhaften Frieden ermöglichen. Für Roach (1993) bedeutet dies vorrangig die Eindämmung der Kriegsbereitschaft durch den Abbau von Feindbildern, wofür die Medien ein unverzichtbares Instrument darstellen, und Terzis/Vassiliadou (2004) vertreten die Auffassung, dass die Medien einen wesentlichen Beitrag zur Friedenskonsolidierung leisten können, indem sie Stabilität sowie Konfliktlösung, Konfliktmanagement und Konflikttransformation unterstützen.

### 3. Modelle des Friedensjournalismus

Menschen handeln nicht aufgrund der objektiven Beschaffenheit der Dinge in ihrer Umwelt, sondern aufgrund der Bedeutung, welche sie ihnen zuschreiben (Blumer 1973). Die Art und Weise, *wie* Medien die soziale Wirklichkeit konstruieren, bleibt daher nicht ohne Folgen für die Entwicklungstendenzen, die diese Wirklichkeit entfaltet. Denn: „Wenn Menschen eine Gegebenheit als real ansehen, dann werden sie so handeln, als sei sie real.“ (Thomas/Thomas 1928).

Nach dem heutigen Stand der Medienwirkungsforschung leisten die Medien ihren Beitrag zur sozialen Konstruktion der Wirklichkeit zum einen darüber, *dass* sie bestimmte Themen in den öffentlichen Diskurs einbringen (Agenda Setting), und zum anderen dadurch, *wie* sie über diese Themen sprechen (Framing). Diese beiden Prozesse sind es auch, welche die Medien nur allzu leicht zum Katalysator der Konflikteskalation werden lassen und bei denen man ansetzen muss, wenn sie stattdessen einen Beitrag zu Peace-Building und Versöhnung leisten sollen.

Die *Agenda-Setting*-Theorie geht auf McCombs/Shaw (1972) zurück und führt den Einfluss der Medien auf die Wahlentscheidung zurück, welche Geschichten als berichtenswert erachtet werden und welche Wichtigkeit und wie viel Platz ihnen zugestanden wird. Als prominente Nachrichtenfaktoren, welche ein Ereignis berichtenswert machen, gelten dabei u.a. Negativismus, Personalisierung, Eliteorientierung.

Wie Galtung (1998) zeigt, bilden bereits diese Nachrichtenfaktoren einen kognitiven Rahmen, welcher ein Bild der Wirklichkeit entstehen lässt, das die Welt in Elite-Länder und Peripherie-Länder – und damit zugleich in Gut und Böse – einteilt. An der Peripherie geschieht Furchtbares: Katastrophen, Gewalt und Krieg, und die Angehörigen der Eliten in den reichen Ländern bringen Hilfe und Frieden.

Nicht weniger verhängnisvoll ist der unter Journalisten und Medienmachern verbreitete Glaube an die Notwendigkeit der Simplifizierung, welcher die Schwarz-Weiß-Malerei eines polarisierenden „Wir gegen Sie“-Journalismus geradezu zur Norm erhebt.

Folglich sind es vor allem die Nachrichtenfaktoren, die Galtung (2002) ins Zentrum seines Modells eines *Friedensjournalismus* rückt, das Lynch/McGoldrick (2005) mit der folgenden Formel auf den Punkt bringen: „Peace Journalism is when editors and reporters make choices – of what stories to report, and how to report them – which create opportunities for society at large to consider and to value non-violent responses to conflict.“

*Framing*: Der auf Goffman (1974) zurückgehende Begriff des Framing bedeutet nach Entman (1993) „to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation and/or treatment recommendation for the item described.“ Worum es geht, ist die Art und Weise, *wie* Informationen präsentiert werden, welche Aspekte betont, welche nicht behandelt werden, aber auch, unter welcher Überschrift sie dargestellt, welche Worte, Begrifflichkeiten, Metaphern verwendet, welche rhetorischen und stilistischen Mittel angewandt werden und welche Erzählform gewählt wird (vgl. Cappella/Jamieson 1997).

Je nach Art des mentalen Modells, welches seiner Interpretation zugrunde gelegt wird, kann ein und derselbe Sachverhalt in völlig verschiedenem Licht erscheinen, und die Eskalationsdynamik von Konflikten wird nach Deutsch (1973) maßgeblich davon beeinflusst, ob der Konflikt als kompetitiver Prozess (win-lose-Modell) oder als kooperativer Prozess (win-win-Modell) interpretiert wird. Kompetitive Konflikte haben die Tendenz, sich aufzuschaukeln und zu eskalieren und gehen mit typischen Wahrnehmungsverzerrungen einher, die sich nach Kempf (2002) auch in der Medienberichterstattung niederschlagen und gleichsam den Motor der Konflikteskalation darstellen.

Entsprechend sind es diese Fehlwahrnehmungen, die Kempf (2003) ins Zentrum seines Modells einer *konstruktiven Konfliktberichterstattung* rückt, welche die Dekonstruktion des Kriegsdiskurses und seine schrittweise Transformation in einen Friedens- und schließlich Versöhnungsdiskurs zum Ziel hat, und/oder der einer Eskalation des gesellschaftlichen Diskurses in einen Kriegsdiskurs entgegensteuert.

#### 4. Kriegsdiskurs vs. Friedensdiskurs

Mit einem Friedens- oder Versöhnungsdiskurs ist *nicht* ein Diskurs *über* Frieden bzw. Versöhnung gemeint und schon gar nicht ein Diskurs, der Widersprüche harmonisiert oder Konflikte verdrängt, etc. Worum es geht, ist die Frage, *wie* mit den Konflikten umgegangen wird, und entsprechend lassen sich die verschiedenen Diskursformen wohl am besten durch die Fragerichtung charakterisieren, um die sich der Diskurs dreht. Während es im Kriegsdiskurs darum geht „Wer ist der Schuldige?“ und „Wie kann ihm Einhalt geboten werden?“, fragt der Friedensdiskurs danach „Was ist das Problem?“ und „Wie kann es gelöst werden?“ Erst der Versöhnungsdiskurs dreht sich um die Fragen „Wer ist der andere?“ und „Wie können wir einander mit Wertschätzung begegnen?“

Die Wahl einer angemessenen Diskursform ist von essentieller Bedeutung für die Entwicklungsdynamik von Friedensprozessen. Fehlgriffe bei der Wahl der Diskursform können leicht zu hohe Erwartungen erzeugen, deren Enttäuschung für Missstimmung in der Bevölkerung sorgt und schließlich ein Umschlagen des Diskurses in einen erneuten Kriegsdiskurs zur Folge hat.

So zeigt z.B. Mandelzisz (2007), wie ein nicht realitätsangemessener Mediendiskurs in Israel während des Oslo-Prozesses zu dessen Zusammenbruch geführt hat. Die in den Verträgen von Oslo ungeklärt gebliebenen Sachfragen traten hinter die euphorische Illusion zurück, der Frieden sei *ausgebrochen* und müsse nun *gesichert* werden. Die Frage, *wie* er gesichert werden könne, wurde jedoch (den o.g. Nachrichtenfaktoren entsprechend) erneut nicht als Frage nach den zu schaffenden Strukturen thematisiert, die ein friedliches Neben- und Miteinander von Israelis und Palästinensern ermöglichen könnten („Was ist das Problem und wie kann es gelöst werden?“), sondern personalisiert und in die Frage gewendet, *wer* den Frieden gefährdet („Wer ist der Schuldige und wie kann ihm Einhalt geboten werden?“). Damit war der Diskurs *über* den gefährdeten Frieden zur Diskursform des Kriegsdiskurses zurückgekehrt und die Eskalationsdynamik erneut in Gang gesetzt. Den eskalationstypischen Wahrnehmungsverzerrungen entsprechend, wurde die Schuld bei „den Anderen“ gesucht, und die Suche nach dem Schuldigen verschärfte sich zur Suche nach „dem Feind“, der schließlich in Yassir Arafat identifiziert wurde (Personalisie-

rung), womit sich die Israelis selbst des Gegenübers beraubten, das in der palästinensischen Gesellschaft (noch) über ausreichende Autorität verfügte, so dass gemeinsam mit ihm ein Friedensprozess hätte in Gang gebracht und gestaltet werden können.

## **5. Journalistische Kompetenzen und Produktionsbedingungen**

Herkömmlicher Journalismus verwechselt Konflikte nur allzu oft mit Nullsummenspielen, in denen zwei Parteien um dasselbe Ziel kämpfen, nämlich zu siegen. Der Fokus der Berichterstattung ist auf die Konfliktarena gerichtet. Konfliktursachen und Auswege werden auf dem Schlachtfeld gesucht. Was die Medien interessiert, ist die Frage nach der Kriegsschuld („Wer warf den ersten Stein?“) und die Frage danach, wer im Krieg die Oberhand gewinnt (Galtung 1998). Dies hat zur Folge, dass Konflikte in der Regel erst dann die Aufmerksamkeit der Medien auf sich ziehen, wenn sie sich bereits so weit zugespitzt haben, dass sie im Sinne dieses Modells interpretiert werden können.

Im Gegensatz hierzu muss Qualitätsjournalismus Kommunikationskanäle zur Verfügung stellen, die den Fehlwahrnehmungen entgegenwirken und die Konflikte analysieren. Viele Autoren – z.B. Howard (2002), Kempf (2003), Bläsi (2006) oder Lynch (2007) – sehen daher die Notwendigkeit eines Grundtrainings für in Krisengebieten tätige Journalisten, die durch die Art ihrer Berichterstattung die öffentliche Meinung zugunsten der Friedenskonsolidierung beeinflussen können, wenn sie über die dazu erforderlichen konflikttheoretischen und sozialpsychologischen Kompetenzen verfügen.

Eine Verbesserung der Journalistenausbildung ist für eine Qualitätssteigerung des Konflikt- und Krisenjournalismus allerdings zwar notwendig, aber nicht hinreichend, und Hanitzsch (2007) weist zu Recht darauf hin, dass es eine Illusion wäre, anzunehmen, dass Journalisten lediglich ihre Einstellungen und ihr Verhalten ändern müssten. Neben ihrer Qualifikation gibt es eine Vielzahl an strukturellen Einflussfaktoren, welche der Arbeit der Journalisten Beschränkungen auferlegen, die im Prozess der Nachrichtenproduktion selbst verwurzelt sind. Zu diesen Faktoren gehören nach Bläsi (2006) u.a.: Platzmangel und Zeitdruck; redaktionelle Arbeitsroutinen; Defizite bei der Zusammenarbeit zwischen Redaktion und Korrespondenten; Instrumentalisierung der Medien durch die Konfliktparteien; Beeinflussung der Berichterstattung durch Public Relations, Propaganda und Informationsmanagement; Behinderung der Berichterstattung durch Zensur, Einschränkung der Reisefreiheit und persönliche Schikanie der Journalisten durch die Konfliktparteien; mangelnder Zugang zu Informa-

tionen, mangelhafte Infrastruktur und problematische Sicherheitslage in den Krisengebieten sowie Groupthink-Effekte innerhalb der Community der internationalen Korrespondenten, usw.

Im Unterschied zu Hanitzsch, der deshalb einen konstruktiven Beitrag der Medien zu Peace-Building und Konfliktprävention für grundsätzlich nicht realisierbar hält, entwickelt Bläsi konkrete Changing-Strategien, welche eine Umgestaltung des journalistischen Handlungsrahmens in Form der Veränderung von Strukturen, Routinen, Kompetenzen oder Einstellungen zum Gegenstand haben, sowie Coping-Strategien, die aufzeigen, wie auch mit an sich unveränderbaren Rahmenbedingungen konstruktiv umgegangen werden kann. Diese Strategien, die aus Platzgründen hier nicht im Detail wiedergegeben werden können,<sup>6</sup> schließen eine Vielzahl an Akteuren und Gruppierungen ein, die Träger der Veränderungsbemühungen sein müssen. Dazu gehören neben den Konfliktberichterstattern selbst auch Medien-eigentümer, Herausgeber, Intendanten und (Chef-)Redakteure; Universitäten und Bildungsinstitutionen; Hochschullehrer und Dozenten; gesellschaftliche Institutionen, Verbände und Vereine; NGOs und Initiativen sowie Politik und Wirtschaft.

## 6. Implementierung einer konstruktiven Konfliktberichterstattung

Zugleich zeigt Bläsi auf, dass die Implementierungschancen einer konstruktiven Konfliktberichterstattung in den verschiedenen Phasen eines Konfliktes (Vorkrieg, Krieg und Nachkrieg) unterschiedlich gut stehen und auch davon abhängig sind, inwieweit das eigene Land in den Konflikt involviert ist. Damit bezieht er sich auf das von Kempf (2003) entwickelte Zwei-Stufen-Modell zur Transformation des Kriegsdiskurses in einen Friedensdiskurs.

Auf der ersten Stufe, während der heißen Phase eines Konflikts, ist eine Beschränkung auf *deeskalationsorientierte Konfliktberichterstattung* angemessen: eine sachliche, distanzierte, gegenüber allen Seiten faire und respektvolle Berichterstattung, die den Konflikt nicht weiter anheizt, sondern sich zu den Kriegführenden jeder Couleur in kritische Distanz begibt und das Publikum darauf aufmerksam macht, welch hohen Preis eine gewaltsame Lösung des Konflikts für alle Beteiligten mit sich bringt. Lösungsvorschläge erscheinen noch nicht angebracht. Das Risiko, dass die Berichterstattung vorschnell als unglaubwürdig oder als feindliche Gegenpropaganda abgewehrt wird, ist zu diesem Zeitpunkt besonders hoch. Deshalb kann es in dieser Phase nur das vorrangige Ziel sein, aus der Fixierung

---

<sup>6</sup> Siehe hierzu Bläsi, 2006, S. 259 ff.



auf Gewalt und gegenseitige Vernichtung herauszufinden und dem Publikum die Augen für einen Außenstandpunkt zu öffnen, der die antagonistische Wirklichkeitsauffassung und die Polarisierung der Konfliktparteien dekonstruiert.

Erst als zweite Stufe kann man zu *lösungsorientierter Konfliktberichterstattung* übergehen. Hierbei geht es um einen auf die Dekonstruktion folgenden konstruktiven Prozess, der auf die Annäherung der Gegner hinarbeitet und gemeinsam gangbare Wege aus dem Konflikt sucht.

Dieser Schritt wird nach Kempf jedoch erst dann mehrheitsfähig sein, wenn der Konflikt aus seiner heißen Phase herausgetreten ist und nicht mehr reflexartig eine jede Stimme als feindlich wahrgenommen wird, die nach Mäßigung ruft. Danach jedoch ist es dringend erforderlich, dass die Phase der Konfliktbearbeitung und Annäherung eingeleitet und unterstützt wird – unter anderem durch eine Konfliktberichterstattung, die sich aktiv auf die Suche nach friedlichen Alternativen und Akteuren macht und sich der Frage widmet, wie Friedensprozesse in die Wege geleitet werden können und Frieden konsolidiert werden kann.

Ob in noch nicht eskalierten Konflikten eine lösungsorientierte Berichterstattung realisierbar ist, hängt nach Bläsi (2006) stark von der eigenen Beteiligung ab. Ist das eigene Land in den Konflikt involviert, so sieht Bläsi zunächst recht gute Chancen. Reporter mit hoher Konfliktkompetenz und einem förderlichen Rollenselbstverständnis verfügen in einer solchen Situation über die nötigen finanziellen Ressourcen und über ausreichend Platz und Zeit und treffen zugleich auf eine interessierte, aber noch relativ unvoreingenommene Öffentlichkeit. Eine lösungsorientierte Berichterstattung wird jedoch umso schwieriger, je mehr sich im öffentlichen Diskurs antagonistische Konzeptualisierungen durchsetzen und je näher der Konflikt einer gewaltsamen Eskalation rückt. Ist das eigene Land dagegen nicht in den Konflikt involviert, so sinken die Chancen für eine konstruktive Berichterstattung in dem Maße, in dem für die Berichterstattung weniger Ressourcen bereitgestellt werden und das öffentliche Interesse an dem Konflikt fehlt.

Im Kriegsfall verkehren sich nach Bläsi einige der Produktionsbedingungen in ihr Gegenteil. Der Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen steigt zwar im Vergleich zur Vorkriegsphase beträchtlich und verbessert somit die Bedingungen; zugleich steigen aber auch der Zeit- und Aktualitätsdruck derart an, dass das journalistische System insgesamt keinen günstigen Rahmen für konstruktive Berichterstattung bietet. Und im selben Maße, wie die eigene Gesellschaft in den Konflikt involviert ist oder mit einer der Konfliktparteien sympathisiert, wird auch das öffentliche Klima einer lösungsorientierten Berichterstattung abträglich. Sofern sie nicht bewusst reflektiert und dekonstruiert werden, lassen die kognitiven und emotionalen Veränderungen, welche die eigene Verwicklung in den Konflikt nach sich ziehen, eine realistische und selbstkritische Bewertung der eige-

nen Handlungen ebenso unwahrscheinlich werden wie eine Respektierung der Rechte und Ziele des Gegners.

In der Nachkriegsphase sind die Produktionsbedingungen für eine lösungsorientierte Berichterstattung am günstigsten. Sofern Frieden wirklich auf der politischen Agenda steht, lassen auch die redaktionellen Vorgaben wieder mehr Spielraum für Hintergrundrecherchen und die Darstellung von Prozessen und Entwicklungen. Der zur Verfügung stehende Platz sowie die personellen und finanziellen Ressourcen werden zwar nach dem Krieg zurückgefahren, sie bleiben aber noch für einige Zeit über dem Niveau eines noch nicht eskalierten Konfliktes. Auch die Einflussnahme der Konfliktparteien ist nun auf Deeskalation, Feindbildabbau und Vertrauensaufbau gegenüber dem vormaligen Gegner ausgerichtet. Damit stehen die Zeichen gut für eine Berichterstattung, die alle Seiten humanisiert, die Leiden und Kriegsschäden auf allen Seiten thematisiert und Versöhnungsinitiativen Raum gibt. Auch das Interesse der Rezipienten an dem Konflikt dürfte höher sein als in der Vorkriegsphase, und es ist anzunehmen, dass die Veränderung der politischen Lage und die Neuausrichtung des öffentlichen Diskurses die Publikumsakzeptanz einer lösungsorientierten Berichterstattung Schritt für Schritt weiter ansteigen lassen wird – wie Bläsi betont: auch in den Fällen, in denen das eigene Land in einen zuvor antagonistisch konzeptualisierten und gewaltsam eskalierten Konflikt verwickelt war.

## **7. Ökonomische Zwänge**

Als Einwand gegen die Realisierbarkeit von Friedensjournalismus und konstruktiver Konfliktberichterstattung werden mitunter auch ökonomische Zwänge ins Feld geführt. Die Notwendigkeit der Sicherung von Auflagenzahlen und Einschaltquoten verbiete es, von den traditionellen Nachrichtenfaktoren abzuweichen, unabhängig davon, wie kontraproduktiv sie sich für gewaltfreie Konfliktaustragung und Friedenskonsolidierung erweisen. So weist z.B. Hanitzsch (2007) darauf hin, dass die Nachrichtenfaktoren mit den Erwartungen des Medienpublikums korrespondieren und dass die Erweckung von Aufmerksamkeit ein zentrales Charakteristikum der Nachrichtenfaktoren sei. Um am Marktplatz der öffentlichen Aufmerksamkeit bestehen zu können, müssten die Medien daher an den Nachrichtenfaktoren festhalten und könnten es sich kaum leisten, davon abzuweichen, da sie sonst die ökonomische Basis zerstören würden, auf der zu operieren sie gezwungen sind.

Neuere empirische Studien – u.a. zur deutschen Presseberichterstattung über Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg (Jaeger 2003, 2005) sowie über den israelisch-palästinensischen Friedensprozess (Annabring 2000) – weisen jedoch darauf hin, dass die Nachrichtenfaktoren keineswegs unver-

rückbare Konstanten sind, sondern von den Medien durchaus flexibel gehandhabt werden.

Auch das Medienpublikum orientiert sich weit weniger an den Nachrichtenfaktoren, als gemeinhin angenommen wird. So konnte Wolling (2002) nachweisen, dass sowohl für die Gesamtbewertung als auch für die Nutzungshäufigkeit einer Nachrichtensendung die Informationsqualität von entscheidender Bedeutung ist, während die Präsentationsqualität nur eine geringe und Sensationalismus gar keine Rolle spielen, und Eilders (1997) zeigte, dass politisches Vorwissen die Bedeutsamkeit der Nachrichtenfaktoren einschränkt. Je besser die Rezipienten informiert sind, desto mehr verfügen sie über eigene Vorstellungen, welche Aspekte eines Ereignisses für sie relevant sind. Bläsi (2006) folgert daraus, dass die Annahme, wonach die Medien mit dem Festhalten an den Nachrichtenfaktoren nur die Erwartungen und Interessen des Publikums bedienen, zumindest für den gut informierten Teil des Publikums unzutreffend ist.

Auch die Einschätzung, dass ein Mehr an Komplexität den Wünschen und Bedürfnissen des Publikums widersprechen würde, kann so nicht weiter aufrecht erhalten werden. Eine von Weber (2003) durchgeführte Leserbefragung ergab, dass sich die Leser von Tageszeitungen u.a. mehr Hintergründe, Kritik, Einordnung, mehr Orientierung und eine weniger an etablierten Institutionen orientierte Politikberichterstattung wünschen. Und in einer Reihe von experimentellen Untersuchungen (Bläsi/Jaeger/Kempf/Spohrs 2005; Möckel 2007; Schäfer 2006; Sparr 2004; Spohrs 2006) konnte gezeigt werden, dass eine weniger vereinfachende, deeskalationsorientierte Berichterstattung von den Lesern mindestens ebenso gut akzeptiert wird wie herkömmliche Konfliktberichterstattung und teilweise sogar größeres Interesse an weiteren Informationen weckt (vgl. Kempf 2006).

Die ökonomischen Zwänge, die Friedensjournalismus und konstruktiver Konfliktberichterstattung entgegenstehen, resultieren also nicht so sehr aus der Abhängigkeit der Medien von ihrem Publikum als vielmehr aus ihrer Abhängigkeit von Werbeeinnahmen und dem sich daraus ergebenden Anpassungsdruck auf die Medienkonzerne, ihre Berichterstattung mit den Interessen und der Ideologie der ökonomischen, politischen und militärischen Eliten in Einklang zu bringen (Herman/Chomsky 1988). Insofern hat Hanitzsch (2007) nicht ganz Unrecht, wenn er befürchtet, dass „a peaceful culture is the *precondition* of peace journalism rather than its outcome“. Friedensjournalismus und konstruktive Konfliktberichterstattung werden wohl erst dann flächendeckend umgesetzt werden können, wenn Frieden tatsächlich auf der politischen Agenda steht, oder, anders ausgedrückt: Ob die Medien als Unterstützer einer EU-Friedenspolitik fungieren können, wird wesentlich davon abhängen, wie ernst es der EU mit einer Friedenspolitik tatsächlich ist.

So lange Medienkonzerne und Journalisten aber weiterhin an den Nachrichtenwert einer polarisierenden und eskalationsorientierten Berichterstat-

tung glauben, steht allerdings zu befürchten, dass sich ihr negativer Impact auf die Qualität der Berichterstattung im Verlaufe zunehmender Privatisierung und marktwirtschaftlicher Konkurrenz der Medien in Zukunft noch weiter verschärfen wird. Wie Haußecker (2007) anhand des Vergleichs der Nachrichtensendungen von öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsendern in Deutschland aufgezeigt hat, zeichnen sich gerade die Privatsender durch eine destruktive Emotionalisierung ihrer Berichterstattung aus. Privatisierung ist kein Garant für die Unabhängigkeit der Medien, sondern deformiert die Berichterstattung ggf. nur noch mehr. Eine Stärkung der öffentlich-rechtlichen Medien erscheint für die Stützung der EU-Friedenspolitik daher als ebenso unerlässlich wie die Einrichtung eines Frühwarnsystems für die Eskalation des Mediendiskurses.

## 8. Gestaltung eines konstruktiven Medienumfeldes

Nach Howard (2002) muss der Mediensektor drei Merkmale aufweisen, um Qualitätsjournalismus zu ermöglichen und zur Friedenskonsolidierung beitragen zu können: Kompetenz, Freiheit und Vielfalt.

*Kompetenz* bedeutet, dass Journalisten mit den Qualitätsnormen des Journalismus vertraut sind und sich durch Fachwissen auszeichnen. Kompetenz bedeutet somit aber auch Neutralität und Exaktheit und erfordert daher Qualifikationen, die über die journalistischen Fertigkeiten im engeren Sinne hinausgehen.

Journalisten stehen nicht außerhalb der Gesellschaft und unterliegen im Falle eskalierender Konflikte denselben Fehlwahrnehmungen wie andere auch. Diese Fehlwahrnehmungen zu korrigieren, die Verzerrungen der Nachrichtenauswahl zu konterkarieren, die medienübliche Schwarz-Weiß-Malerei über Bord zu werfen, Konflikte nicht nur auf den Antagonismus von Gut und Böse zu reduzieren, sondern ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit gerecht zu werden, sich mit bloßer Plausibilität nicht zufrieden zu geben, sondern gerade die plausiblen Erklärungen zu hinterfragen – all dies erfordert eine konflikttheoretische Kompetenz, die in der herkömmlichen Journalistenausbildung nicht vermittelt wird und die erst noch in Weiterbildungsprogrammen erworben werden muss.

Als Korrektiv dafür, was wahr oder falsch ist und welche Wirklichkeitskonstruktionen angemessen sind oder nicht, steht dem Journalismus in seiner tagtäglichen Arbeitsroutine naturgemäß nur das zur Verfügung, was wir bereits wissen. Doch zu dem, was wir bereits wissen, gehört eben auch das von der Friedens- und Konfliktforschung erarbeitete Wissen um Alternativen zur Gewalt ebenso wie das Wissen um die interne Logik und Dynamik von Konflikten, etc. Soll die Realisierung journalistischer Qualitätsstandards nicht dem Zufall überlassen bleiben und eine ausgewogene Berichterstattung verwirklicht werden, die zur Friedenskonsolidierung bei-

trägt, so erscheint die Vermittlung konflikttheoretischer Qualifikationen an Journalisten und Redakteure zwingend notwendig.

Die von Howard angesprochene *Unabhängigkeit der Medien* ist eine wichtige Voraussetzung, um das Funktionieren der Zivilgesellschaft zu sichern und auch kritischen Stimmen ein Forum zu bieten. Durch *Pressevielfalt* soll garantiert werden, dass verschiedene Meinungen in der Öffentlichkeit präsent sind, so dass es der Bevölkerung möglich wird, ihre eigene Entscheidung auf der Basis vielfältiger Informationen zu fällen.

Beides, sowohl die Freiheit als auch die Vielfalt der Medien, wird durch den Konformitätsdruck der Gesellschaft jedoch stark eingeschränkt, was ggf. dazu führt, dass in den nationalen Medien der EU-Mitgliedsstaaten noch nicht einmal die Vielfalt der innerhalb der EU bestehenden Auffassungen und Sichtweisen transparent wird. So hätte z.B. die Opposition der griechischen Öffentlichkeit gegen den Kosovo-Krieg (vgl. Kondopoulou, 2002) ebenso wie die Enthaltensamkeit der griechischen Regierung, an dem Angriffskrieg teilzunehmen, durchaus als Korrektiv für die einseitigen Feindbildkonstruktionen dienen können, die in den am Krieg beteiligten NATO-Ländern die Medienlandschaft beherrschten.

Die Heterogenität der EU hinsichtlich der Interessenlage ihrer Mitgliedsstaaten und ihrer historischen, kulturellen und politischen Affinität zu den Konfliktparteien könnte in Situationen wie dieser als ein *komparativer Vorteil der EU* gesehen werden, der ihr ein Mehr an Glaubwürdigkeit verleiht, wenn er entsprechend genutzt wird, und sollte nicht nur als „Schwäche“ der EU hinsichtlich ihrer militärischen Handlungsfähigkeit gesehen werden.

Weitere Voraussetzungen, die sich vor allem für den Wiederaufbau der Medienlandschaft in Nachkriegsgesellschaften und die Erfolgchancen von Friedensmissionen als problematisch erweisen können, sind Glaubwürdigkeit, Nutzung und Einhaltung demokratischer Standards.

*Glaubwürdigkeit und Nutzung* sind nach Lehmann (1999) ein Grunderfordernis, um Unterstützung und Akzeptanz durch die lokale Bevölkerung zu erzielen, und Erfahrungen aus Friedensmissionen haben gezeigt, wie wichtig die Unterstützung der Zivilbevölkerung ist. Ohne sie sinken die Erfolgchancen des Einsatzes, und die Friedensmission setzt sich der Gefahr von Übergriffen seitens der Bevölkerung aus. Auch zu hohe Erwartungen und daraus resultierende Enttäuschungen sorgen in der lokalen Bevölkerung oft für Missstimmung, die den Erfolg der Friedensmission gefährden kann. Deshalb ist es für deren Erfolg unerlässlich, dass die Bevölkerung über Ereignisse informiert, über Hintergründe aufgeklärt und zugleich mit Interpretationsmöglichkeiten versorgt wird, welche die Akzeptanz der Friedensmission fördern. Nur wenn die Medien, denen diese Aufgabe zukommt, von einem relevanten Teil der Bevölkerung genutzt werden, können sie diese Funktion auch tatsächlich ausüben und als Orientierungspunkt für die öffentliche Meinung dienen.

Die Glaubwürdigkeit der Medien hängt jedoch ganz entscheidend auch davon ab, ob sie von der Bevölkerung als fremdbestimmt wahrgenommen werden oder nicht. Wie Gutscher (2006) in einer vergleichenden Untersuchung der US-Medienstrategie in Deutschland (1945–1948) und der UN-Medienstrategie im Kosovo (1999–2002) gezeigt hat, hatten die von den USA bzw. den UN geförderten Medien in beiden Fällen anfänglich Glaubwürdigkeitsprobleme, die erst durch den vermehrten Einsatz von lokalen Mitarbeitern abgebaut werden konnten.

Die Notwendigkeit der *Einhaltung demokratischer Standards* ergibt sich unmittelbar aus der Aufgabe des Peace-Building im Sinne einer nachhaltigen Friedenskonsolidierung, wie sie z.B. Handrick (2005) als das Streben der internationalen Staatenwelt ausbuchstabiert hat, in Konflikt- oder Nachkriegsregionen die Gewaltspirale zu durchbrechen, die Austragung von Konflikten auf eine gewaltfreie Ebene zu transferieren und diese mittels des Aufbaus demokratischer Strukturen und Normen einer nachhaltigen Lösung zuzuführen.

Ihre Glaubwürdigkeit behalten und eine Vorbildfunktion für die Entwicklung demokratischer Strukturen entwickeln können die Medien aber nur in dem Maße, als sie selbst die demokratischen Standards erfüllen, wozu insbesondere die Einbeziehung von Mitgliedern der betroffenen Gesellschaft in die Konzipierung der Medien gehört, die z.B. im Kosovo nur unzureichend gegeben war.

## 9. Medienstrategien zum Wiederaufbau der Medienlandschaft in Nachkriegsgesellschaften– eine Vergleichsstudie

Sowohl in Deutschland als auch im Kosovo hatte der Krieg eine gleichgeschaltete Medienlandschaft hinterlassen. Die Medienpolitik der USA im Nachkriegsdeutschland war nach Gutscher (2006) jedoch sowohl umfassender als auch restriktiver als jene der UN bzw. OSZE im Kosovo und erwies sich aufgrund dessen auch im Hinblick auf die Qualität der Berichterstattung als effektiver.

Im Nachkriegsdeutschland war es um die Kompetenz der Journalisten und die Qualität der Berichterstattung weit besser bestellt als im Kosovo. Da die Kontroll- und Weisungsbefugnisse der Besatzungsmacht aber viel stärker ausgeprägt waren, war die Freiheit der Berichterstattung (zugunsten einer demokratischen Umerziehung, aber auch zugunsten des amerikanischen Interesses) jedoch stark eingeschränkt.

Im Kosovo war die Freiheit (mangels Zensur) dagegen stärker gewährleistet. Dies öffnete jedoch einer destruktiven Berichterstattung Tür und Tor und beschädigte dadurch die Funktion der Medien als Friedensinstrument, was durch Kompetenzdefizite aufgrund der unzureichenden Ausbil-

derung der Journalisten und durch mangelnde Vielfalt der Berichterstattung infolge der Vernachlässigung von Minderheiten noch weiter verschärft wurde.

Ein entscheidender Unterschied zwischen dem Wiederaufbau der Medienlandschaft in Deutschland und im Kosovo besteht nach Gutscher (2006) im Ausmaß der Einschränkungen durch die USA bzw. die Vereinten Nationen.

Im Kosovo nahmen zahlreiche Medienanstalten ihren Betrieb völlig unabhängig von der UN-Medienpolitik auf, und die Mehrzahl dieser Medien entsprach den Grundsätzen der Unabhängigkeit und Professionalität nur sehr unzureichend. In der amerikanischen Zone im Nachkriegsdeutschland dagegen mussten alle Medien über eine von der Besatzungsmacht erteilte Genehmigung verfügen und unterlagen strengen Auflagen sowie ständiger Kontrolle. Dadurch kam es zwar zu einer Verzögerung der Entwicklung des deutschen Medienwesens; ein Wildwuchs an unprofessionellen und abhängigen Medien wie im Kosovo konnte jedoch erfolgreich verhindert werden.

Darüber hinaus hatten die Kontrollorgane, deren Aufgabe es war, Regelungen zur Organisation des Mediensektors und Normen der Berichterstattung einzuführen und deren Umsetzung zu gewährleisten, im Nachkriegsdeutschland viel breitere Handlungsmöglichkeiten. Während die Amerikaner schon bei der Gründung von Printmedien Vorgaben machen und Akzente setzen konnten, konnten die Kontrollorgane im Kosovo lediglich eine Beobachterrolle einnehmen und nachträglich versuchen, korrigierend wirksam zu werden.

Während sich die USA in Deutschland rigoros der Kontrollinstrumente der Zensur, der Lizenzvergabe und der Personalauswahl bediente, waren die Kontrollinstrumente im Kosovo auf die Lizenzvergabe an Rundfunkanstalten sowie die Einführung eines Verhaltenskodexes für Journalisten und das Verbot der Hassrede beschränkt, die anders als in Deutschland jedoch nicht durch Zensur durchgesetzt wurden. Stattdessen hoffte man auf die freiwillige Einhaltung der Normen. Bei Verstößen der Rundfunksender gab es zwar verschiedene Sanktionsmöglichkeiten, die bis hin zum Entzug der Lizenz reichten. Diese wurden aber nur ungenügend angewendet, und eine große Anzahl von Sendern, die ohne Lizenz operierten, sowie die Printmedien, die keine Lizenz benötigten, waren den Sanktionsmöglichkeiten so gut wie vollkommen entzogen.

## **10. Resümee**

Zusammenfassend lassen sich die folgenden Empfehlungen für eine EU-Medienpolitik ableiten:

- Für den Wiederaufbau der Medienlandschaft in Nachkriegsgesellschaften:  
Rigorosität bezüglich Lizenzvergabe und Personalauswahl; Bevorzugung öffentlich-rechtlicher Medienkonstruktionen gegenüber Privatisierung; Einbeziehung von Mitgliedern der Konfliktgesellschaft bei der Konzeption der Medien und der Mediengesetzgebung; verstärkter Einsatz lokaler Medienmitarbeiter sowie eine konflikttheoretische Ausbildung der Journalisten und ihre Sensibilisierung für eskalationsorientierte Fehlwahrnehmungen.
- Für die Gestaltung der Medienlandschaft innerhalb der EU:  
Journalistenausbildung (s.o.); Stärkung der öffentlich-rechtlichen Medien; Medienmonitoring zur Identifikation von Tendenzen, wie die europäischen Medien in entstehenden oder wieder aufflammenden Konflikten beginnen, sich auf die eine oder andere Seite zu schlagen und/oder den Konflikt auf einen moralischen Antagonismus von Gut und Böse zu reduzieren; sowie die Einrichtung eines Frühwarnsystems für die Eskalation der Diskurse und der Konflikte.

Als Zielperspektive dieser Maßnahmen darf freilich *nicht* die Schaffung eines europäischen Konsenses gesehen werden, *wie* die Welt in Gut und Böse einzuteilen ist, *sondern* die Ausnutzung der Heterogenität der EU zwecks Identifikation der Komplexität der Problemlage und der Schaffung eines internationalen Medioumfeldes, welches die destruktiven Tendenzen eben nicht durch Koalitionsbildung verschärft, sondern die Konfliktparteien (und auch die EU selbst) auf die Notwendigkeit einer konstruktiven Konfliktbearbeitung zurückwirft.

## Literatur

- Annabring, U. (2000), Protagonisten und Konfliktkonstellationen im israelisch-palästinensischen Friedensprozeß. Universität Konstanz: Psychol. Diplomarbeit.
- Bläsi, B. (2006), Keine Zeit, kein Geld, kein Interesse? Konstruktive Konfliktberichterstattung zwischen Anspruch und medialer Wirklichkeit. Berlin.
- Bläsi, B./Jaeger, S./Kempf, W./Spohrs, M. (2005), Glaubwürdigkeit und Attraktivität von eskalations- und deeskalationsorientierten Nachrichtentexten. In: Projektgruppe Friedensforschung Konstanz (Hg.). Nachrichtenmedien als Mediatoren von Peace-Building, Demokratisierung und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften. Berlin, S. 203-234.
- Blumer, H. (1973), Der methodologische Standort des symbolischen Interaktionismus. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.). Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. I. Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie. Reinbek, S. 80-146.



- Capella, J.N./Jamieson, K.H. (1997), *The spiral of cynism. The press and the public good.* New York: Oxford University Press.
- Cohen, Y. (1986), *Media diplomacy. The foreign office in the mass communication age.* London: Frank Cass.
- Deutsch, M., (1973), *The resolution of conflict.* New Haven: Yale University Press.
- Eilders, C. (1997), *Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information.* Opladen.
- Entman, R.M. (1993), *Framing: Toward clarification of a fractured paradigm.* *Journal of Communication*, 43/4, S. 51-58.
- Galtung, J., (1998), *Friedensjournalismus: Warum, was, wer, wo, wann?* In: Kempf, W./Schmidt-Regener, I. (Hg.). *Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien.* Münster, S. 3-20.
- Galtung, J. (2002), *Peace journalism – A challenge.* In: Kempf, W./Luostarinen, H. (Hg.), *Journalism and the New World Order. Vol. II. Studying war and the media.* Göteborg: Nordicom, S. 259-272.
- Goffman, E. (1974), *Frame analysis. An essay on the organization of experience.* London: Harper & Row.
- Gutscher, S. (2006), *Potential und Grenzen der Medien als Friedensinstrument in Post-Konflikt-Gesellschaften. Ein Vergleich zwischen Deutschland (1945-1948) und dem Kosovo (1999–2002).* Universität Konstanz: Pol.-Wiss. Diplomarbeit.
- Handrick, S. (2005), *Das Kosovo und die internationale Gemeinschaft: Nation-building versus peace-building?* In: *Studien zur internationalen Politik*, Heft 2/2005.
- Hanitzsch, T. (2007), *Situating Peace Journalism in Journalism Studies: a critical appraisal.* *Conflict & communication online*, 6/2 (October 2007).
- Haußecker, N. (2007), *Terrorismus in Fernsehnachrichten. Eine Analyse der Berichterstattung über Terroranschläge am Beispiel der Ereignisse in Kenia.* *Conflict & communication online*, 6/1 (April 2007).
- Herman, E./Chomsky, N. (1988), *Manufacturing consent: The political economy of the mass media.* New York: Pantheon Books.
- Howard, R. (2002), *An operational framework for media and peacebuilding.* Vancouver: IMPACS.
- Jaeger, S. (2003), *Massenmedien und Versöhnung: Die Berichterstattung über den deutsch-französischen Friedensprozeß nach dem 2. Weltkrieg.* *Conflict & communication online*, 2/2 (Oktober 2003).
- Jaeger, S. (2005), *Themenauswahl in der Nachkriegsberichterstattung.* In: *Projektgruppe Friedensforschung Konstanz (Hg.). Nachrichtenmedien als Mediatoren von Peace-Building, Demokratisierung und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften.* Berlin, S. 51-80.

- Kempf, W. (2002), Conflict coverage and conflict escalation. In: Kempf, W. / Luostarinen, H. (Hg.), *Journalism and the New World Order*. Vol. II. *Studying war and the media*. Göteborg: Nordicom, S. 59-72.
- Kempf, W. (2003), *Constructive conflict coverage. A social psychological approach*. Edited by the Austrian Study Center for Peace and Conflict Resolution. Berlin.
- Kempf, W. (2006), *Acceptance and impact of de-escalation-oriented conflict coverage*. Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr. 60. Berlin.
- Kondopoulou, M. (2002), The Greek media and the Kosovo crisis. *Conflict & communication online*, 1/2 (July 2002).
- Lehmann, I. (1999), *Peacekeeping and public information*. London: Frank Cass.
- Lumsden, M. (1997), Breaking the cycles of violence. *Journal of Peace Research*, 34/4, S. 377-383.
- Lynch, J. (2007), A course in peace journalism. *Conflict & communication online*, 6/1 (April 2007).
- Lynch, J./McGoldrick, A. (2005), *Peace Journalism*, Stroud, UK: Hawthorn Press.
- Mandelzis, L. (2007), Representations of Peace in News Discourse: Viewpoint and Opportunity for Peace Journalism. *Conflict & communication online*, 6/1 (April 2007).
- McCombs, M.E. / Shaw, D.L. (1972), The agenda-setting function of mass media. *Public Opinion Quarterly*, 36, S. 176-187.
- Möckel, J. (2007), *News from the Holy Land – Akzeptanz und Wirkung von Konfliktberichterstattung im Fernsehen*. Universität Konstanz: Psychol. Diplomarbeit.
- Roach, C. (1993), *Communication and culture in war and peace*. London: Sage.
- Schaefer, C. D. (2006), The effects of escalation vs. de-escalation-oriented conflict coverage on the evaluation of military measures. *Conflict & communication online*, 5/1 (April 2006).
- Sparr, J. (2004), *Konfliktberichterstattung! Wer mag's konstruktiv? Zur Akzeptanz konstruktiver Konfliktberichterstattung durch die Leserschaft*. Universität Konstanz: Psychol. Diplomarbeit.
- Spohrs, M. (2006), *Über den Nachrichtenwert von Friedensjournalismus – Ergebnisse einer experimentellen Studie*. *Conflict & communication online*, 5/1 (April 2006).
- Terzis, G. / Vassiliadou, M. (2004), Die Rolle der Medien während Krisen. *The IPTS Report*, 82, März 2004.
- Thomas, W.I. / Tomas, D. (1928). *The child in America. Behavior problems and programs*. New York: Knopf.

- UN (1948), Universal Declaration of Human Rights. Adopted and proclaimed by General Assembly resolution 217 A (III) of 10 December 1948. <http://www.un.org/Overview/rights.html>.
- UN (1966), International Covenant on Civil and Political Rights. <http://www.hrweb.org/legal/cpr.html>.
- UNESCO (1979), Records of the General Conference. Twentieth Session. Paris, 24 October to 28 November 1978. <http://unesdoc.unesco.org/images/0011/001140/114032Eb.pdf>.
- Weber, B. (2003), Forschung unterstützt den Riecher der Redaktion. In: Rinsdorf, L. / Weber, B. / Wellmann, F. / Werner, P. (Hg.), Journalismus mit Bodenhaftung. Annäherung an das Publikum. Münster, S. 115-131.
- Wolfsfeld, G. (2004), Media and the path to peace. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wolling, J. (2002), Aufmerksamkeit durch Qualität? Empirische Befunde zum Verhältnis von Nachrichtenqualität und Nachrichtennutzung. In: Baum, A. / Schmidt, S. J. (Hg.), Fakten und Fiktionen. Über den Umgang mit Medienwirklichkeiten. Konstanz: UVK., S. 202-216.